

Roger Martelli
Direktor der Zeitschrift *Regards*
CPF, France

Linke Parteien in Frankreich

Beitrag für den Workshop der RLS „Linksparteien im Vergleich:
Grundbedingungen, Strategische Herausforderungen und
Erfolgskriterien“, Berlin, 12. –13. Dezember 2002

1. Die großen Wahlzyklen	2
2. Welche Zukunft hat die Linke?	4
2.1. Die Situation der politischen Kräfte Frankreichs	4
2.1.1. Die Sozialistische Partei	4
2.1.2. Die Kommunistische Partei	5
2.1.3. Die Grünen	6
2.1.4. Die extreme Linke	7
2.2. Die strategischen Debatten innerhalb der Linken	8
2.2.1. Die Sozialistische Partei	8
2.2.2. Die Grünen	10
2.2.3.. Die Kommunistische Partei Frankreichs	12
2.2.4.. Die extreme Linke	13
2.3. Außerhalb der Parteien	14
3. Allgemeine Überlegungen	15
3.1. Das Ende einer Ära	15
3.2. Die Grundlagen einer Neuformierung	16
Anhang	19

Parteien und soziale Bewegungen

Textreihe des Bereichs Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Franz-Mehring-Platz 1, D-10243 Berlin, (+49-30) 44 310 160, politikanalyse@rosalux.de

rls

Im Frühjahr 2002 waren die Wahlergebnisse der französischen Linken außergewöhnlich schlecht: Mit kaum mehr als 27% der Stimmen bei den Präsidentschaftswahlen lag sie nur wenig über den Ergebnissen von 1969, bei den Wahlen zur Nationalversammlung verzeichnete sie eines der schlechtesten Ergebnisse während der gesamten Fünften Republik und war kaum besser als bei dem verheerend schlechten Abschneiden von 1993. Im Jahr 1997 gewann sie überraschend die Wahlen, die durch die von Jacques Chirac veranlasste Auflösung des Parlaments nötig geworden waren; die Niederlage von 2002 war der Preis für fünf Jahre Regierungsverantwortung. Der Wiederaufbau der Linken steht von nun an auf der Tagesordnung.

1. Die großen Wahlzyklen¹

Die Entwicklung der Wahlergebnisse insgesamt lässt sich wie folgt zusammenfassen:

1. Nach einer Phase des Rückgangs in den 60er und 70er Jahren nahm die Zahl der Stimmhaltungen dramatisch zu, welche Wahl man auch immer betrachtet. Rechnet man die nicht in den Wählerlisten eingetragenen Personen hinzu, findet man sich mit einer den Verhältnissen in den USA vergleichbaren Situation konfrontiert. Stimmhaltungen dieser Größenordnung sind heute in allen sozialen Schichten und allen Regionen festzustellen.

2. Die Linke hatte nur zwischen 1978 und 1981 eine Mehrheit. Die Rechte jedoch wurde durch das Erstarken der extremen Rechten in Schwierigkeiten gebracht, deren Stimmen ihr im zweiten Wahlgang nicht in vollem Umfang zur Verfügung standen. 1997 hatte das Linksbündnis zwar die Mehrheit in der Nationalversammlung, war jedoch den Wählerstimmen nach in der Minderheit. Und doch ist das Wahlergebnis 2002 nach dem von 1993 das schlechteste während der gesamten Fünften Republik.

3. Interne Entwicklungen der Linken sind die entscheidenden Gründe für dieses Ergebnis:

1. Nach drei Jahrzehnten der Führung in der französischen Linken kollabierte die KPF (Kommunistische Partei Frankreichs). Sie erreichte niemals wieder ihren Spitzenwert von November 1946 mit 28,6% der Stimmen. Zwar stiegen in den 60er Jahren die Wahlergebnisse wieder an, doch wurde dieser Anstieg am Ende des Jahrzehnts unterbrochen. 1981 wurde sie endgültig durch ihren sozialistischen Rivalen verdrängt: Ihr Abstieg hat seither den Charakter einer unumkehrbaren Abwärtsbewegung angenommen, die sie Stufe für Stufe im Jahr 2002 zu dem niedrigsten Ergebnis ihrer gesamten Wahlgeschichte führte (3,4% bei den Präsidentschafts- und 4,8% bei den Parlamentswahlen). Ihre Wählerschaft zog sich zurück, ihre geografische Verteilung ist unausgewogen (die KPF tritt in rund sechzig Departements kaum noch in Erscheinung), die Partei ist überaltert (nahezu drei Viertel der Wähler von Robert Hue sind älter als 45 Jahre), und sie steht nicht mehr für die politische Vertretung der großen Masse des Volkes, vor allem der Arbeiter.
2. Seit 1981 dominiert die Sozialistische Partei die Linke. In den 70er Jahren näherte sich die durch den Parteitag von Epinay völlig umgestaltete Sozialistische Partei (auf diesem Parteitag gelangte mit François Mitterrand ein von außen kommender Politiker an die Parteispitze) den "neuen sozialen Bewegungen", also feministischen, regionalistischen, politisch-ökologischen Bewegungen und Selbstverwaltungsbestrebungen. Sie stützte sich auf die Dynamik des Linksbündnisses (das die

¹ Siehe dazu den Anhang.

Kommunistische Partei seit dem Beginn der 60er Jahre auf ihre Fahnen geschrieben hatte), um sich zu profilieren und dabei als politische Formation zu erscheinen, die zugleich links (der Antikapitalismus ist offizielles Parteiprogramm) und realistisch ist. Ihre Wählerschaft nahm zu und veränderte sich: Ausgehend von ihren klassischen Bastionen in Nord-Pas-de-Calais und im französischen Süden gewann sie mehr und mehr die Stimmen der Frauen (die Mehrheit der Wähler von 1988 waren Frauen) und dehnte ihren Einfluss in die Mittelschicht aus. Anfang der 80er Jahre hatte die Sozialistische Partei die KPF in der Arbeiterschaft verdrängt. Doch mit der seit 1982 von den aufeinanderfolgenden sozialistischen Regierungen vertretenen Sparpolitik fiel sie nach und nach in der Gunst der Arbeiter. Seit 1995 kompensieren die Sozialisten diese Verluste durch den steigenden Einfluss auf Angestellte und mittlere und höhere Führungskräfte. Wie wenig stabil diese Verschiebung war, zeigen die Wahlen 2002.

3. Die Grünen stellen die jüngste politische Kraft dar (die Partei wurde im Januar 1984 gegründet). Von Anfang an war das Merkmal, durch das sich die Öko-Partei auszeichnet, ihr Zögern. Zunächst ihre zögerliche Haltung in der Frage nach dem Wesen ihrer Organisation. Die französischen Grünen waren gespalten: auf der einen Seite standen die Verfechter einer effizienten politischen Formation („parti écologiste“ - Ökologische Partei), die auf der politischen Bühne mitzuspielen in der Lage war, auf der anderen Seite standen die Anhänger, die dem Prinzip der Beteiligung an der Regierungsverantwortung in Form einer klassischen Partei abgeschworen hatten („confédération écologiste“ - Ökologisches Bündnis). Zögerlich war ihre Haltung auch in Bezug auf die politischen Ziele: Die französischen Grünen wechselten von der Verlockung einer eigenen Identität (Antoine Waechter, 1989-1993) nach der für sie misslungenen Wahl von 1993 ins Lager der Linken (Dominique Voynet, 1993 – 2002). Obwohl sie eine Bewegung mit weniger als 10.000 Mitgliedern sind, konnten die Grünen ihre Wählerbasis schrittweise erweitern. Waren sie anfangs in der Mittelschicht und in den einkommensstarken Kreisen verankert, breitete sich ihr Einfluss, trotz bedeutender Unterschiede bei den einzelnen Wahlen, landesweit und auf die verschiedenen Einkommensschichten aus. Trotzdem bleibt das Wahlverhalten der Wähler sehr ungewiss: Anfang der 90er Jahre sah es so aus, als ob die Grünen in der Lage wären, die durch die Jahre der Mitterrand-Regierung verbrauchte Sozialdemokratie abzulösen (14% bei den Regionalwahlen von 1992). Sie scheiterten jedoch bei den Parlamentswahlen von 1993 (3,6%) und den Präsidentschaftswahlen von 1995 (3,3%); bei den Wahlen zum Europäischen Parlament von 1999 verzeichneten sie einen neuen Höchststand (9,7%), den sie jedoch bei den Parlamentswahlen von 2002 nicht halten konnten (4,5% gegenüber 4,2% im Jahr 1997).
4. Die extreme Linke war lange Zeit aus dem von der KPF besetzten politischen Feld „links von links“ ausgegrenzt. Sie hatte ihre Wurzeln vor allem in der studentischen Jugend und zeichnete sich stets durch ihre Zersplitterung (Trotzkismus, Maoismus, Anarchismus) und durch ihre sehr schwache Wählerbasis aus. Der Niedergang der Kommunistischen Partei schuf Platz zumindest für die beiden trotzkistischen Hauptgruppen Frankreichs: „Lutte ouvrière“ (LO – Arbeiterkampf), die über einige Verbindungen zu den Gewerkschaften (CGT und vor allem FO) eher in der Welt der Arbeiter präsent ist, profitierte davon, dass Arlette Laguiller bei allen Präsidentschaftswahlen seit 1974 kandidierte; die „Ligue communiste révolutionnaire“ (LCR – revolutionär-kommunistische Liga) engagierte sich seit

Ende der 80er Jahre in der „sozialen Bewegung“. In den 90er Jahren gelang es der extremen Linken, die als Folge der langen wirtschaftlichen Depression der „neoliberalen“ Jahre einsetzende Radikalisierung der linken Bewegung zu ihrem Gunsten aufzufangen. Sie erzielte auf diese Weise Wahlerfolge, etwa bei den Regionalwahlen 1998 (22 Abgeordnete zogen in die Regionalräte ein), bei den Wahlen zum europäischen Parlament 1999 (5,2% stimmten für die Liste LO-LCR) und vor allem bei den Präsidentschaftswahlen von 1995, bei der die drei trotzkistischen Kandidaten zusammen fast 10,5 % der Stimmen erhielten und damit zwei von ihnen deutlich vor der KPF lagen.

2. Welche Zukunft hat die Linke?

2.1. Die Situation der politischen Kräfte Frankreichs

2.1.1. Die Sozialistische Partei

Im Jahr 1993 markierte der Zusammenbruch der Sozialistischen Partei auf spektakuläre Weise das Ende der Ära Mitterand. Die Zeit für einen kompletten Neuaufbau war gekommen. In der ersten Zeit nutzte Michel Rocard die Schwäche seiner Konkurrenten (insbesondere die von Laurent Fabius), um die Führung in der Partei zu übernehmen und sie zu „modernisieren“, wobei er an seine Vorgehensweise der Jahre 1970 bis 1980 anknüpfte, als er noch der Haupttrivale Mitterands war. Da die Schwächung der KPF der Idee Recht zu geben schien, dass sich die Linke um die Sozialisten neu gruppieren wird, trat Rocard zur gleichen Zeit mit seiner Idee einer theoretischen Erneuerung des Sozialismus und einer grundlegenden Neuordnung der Linken durch die „Konferenz zur sozialen Transformation“ vor die Öffentlichkeit. Der Versuch scheiterte jedoch schnell aufgrund des persönlichen Misserfolgs des ehemaligen Premierministers bei den Wahlen zum europäischen Parlament 1994 (seine Liste erhielt lediglich 14% der Stimmen).

Nach einer Phase der Ungewissheit übernahm Lionel Jospin (er stand von 1981 bis 1988 als Nachfolger Mitterands an der Spitze der Partei) überraschenderweise die Führung der Partei. Er tat dies in einer kritischen Haltung und beanspruchte das „Recht auf eine Inventur“ der Ära Mitterands, und er stellte sich auf eine Position, die linker war, als es sich die Erben der durch Michel Rocard vertretenen „Zweiten Linken“ wünschten. Die Präsidentschaftswahlen von 1995 brachten Jospin (47,4% im zweiten Wahlgang) an die Spitze der Partei. 1997 gewann er völlig überraschend die Parlamentswahlen, wobei er seine reformistische Verankerung beibehielt und gleichzeitig auf die klare Strategie eines Bündnisses mit den übrigen linken Kräften setzte. Nach der Parlamentswahl stand Lionel Jospin daher an der Spitze einer mit den Kommunisten und den Grünen gebildeten Regierung der „Linkskoalition“. Er hatte damit sein Ziel einer Neuordnung der Partei erreicht, wobei er sich von der Logik der alten Strömungen freimachte (nur die linken Strömungen hielten sich trotz des 1993 auf „republikanischer“ Grundlage erfolgten Ausscheidens Jean-Pierre Chevènements bei ungefähr einem Viertel der Parteimitglieder).

In der ersten Zeit verfolgte die Regierung Jospin in der Reformpolitik eine recht klassische Linie (vor allem in der Frage der 35-Stunden-Woche), wobei sie von der günstigen Wirtschaftskonjunktur profitierte, die die Zwänge der nach den Maastricht-Kriterien notwendigen Haushaltskonsolidierung milderte. Doch die Konjunkturanfälligkeit und das

Fehlen einer kohärenten Politik zur Ankurbelung des Konsums wie auch das zögerliche Angehen von Reformen in einigen entscheidenden Bereichen (vor allem in der Steuerpolitik) machten die sozialistische Führung derart vorsichtig, dass ihr Ansatz sich nur geringfügig von dem britischen „Dritten Weg“ Tony Blairs unterschied, auch wenn die französischen Sozialisten diese Politik offiziell ablehnten.

Die schlechten Ergebnisse bei den Gemeindewahlen 2001 waren also auch eine Warnung, die die Regierung nicht wahrhaben wollte, obwohl Kommunisten und Grüne eine klare Änderung der allgemeinen politischen Richtung nachdrücklich forderten. Der Druck der sozialen Bewegung zu Fragen der Löhne und der Sozialversicherung sowie zur Regelung des Problems der ohne Ausweispapiere in Frankreich lebenden Einwanderer ("sans-papier") vergrößerte die Kluft zwischen der sozialistischen Führung und der linken Basis. Bedingt durch den nahen Wahltermin 2002 war die interne Kritik in der Sozialistischen Partei begrenzt, obwohl die Strategiedebatten, die die politischen Führer wie üblich für ihre Positionierung nutzten, nie ganz verstumten: Während die sozialistische Linke und der Kreis um Henri Emmanuelli weiterhin klassisch-linke Positionen vertraten, schlugen Laurent Fabius und Dominique Strauss-Kahn einen Ton an, der stark an die „sozial-liberale“ europäische Ausrichtung erinnerte.

2.1.2. Die Kommunistische Partei

Die KPF schaffte es nicht, sich aus der tiefen Krise, die mit dem Scheitern des Linksbündnisses 1978 begonnen hatte und 1984 durch das schlechte Abschneiden bei den Wahlen zum europäischen Parlament noch verstärkt worden war, zu befreien. Das trotz der Reformversuche Michael Gorbatschows zusammenbrechende sowjetische System verstärkte diesen Prozess nur noch. Nach der Gegenbewegung zunächst der „rénovateurs“ (Erneuerer) im Jahr 1984 (Pierre Juquin) und später der „reconstructeurs“ (Wiederaufbauer) von 1987 (Claude Poperen, Marcel Rigout) waren es die „refondateurs“ (Neugründer), die sich gegen die Beschlüsse des Generalsekretärs Georges Marchais (1970-1994) auflehnten. Auch wenn es die „Neugründer“ im Gegensatz zu ihren Vorgängern schafften, in der Partei zu bleiben, konnten sie doch gegen die geschlossene Meinung einer Mehrheit nichts ausrichten, die in der Forderung nach Erneuerung – wie übrigens auch in den Bemühungen Gorbatschows – den Keim der Zerstörung der kommunistischen Ideale sah.

Es musste das Jahr 1994 und die Ablösung Georges Marchais' durch den Fraktionschef Robert Hue abgewartet werden, damit der Versuch eines „Aggiornamento“ unternommen werden konnte. Unter dem Schlagwort der „Veränderung“ nahm der neue Parteichef eine in der Tat erstaunliche Entwicklung in Angriff, die ihn teilweise in die Nähe der kritischen Argumente der „Neugründer“ brachte. Sein erfolgreiches Auftreten bei den Präsidentschaftswahlen und der Teilerfolg bei den Parlamentswahlen von 1997 (die KPF lag bei fast 10% und kam in die Regierung) festigten seine Position in der Partei. Doch seine Politik der „Veränderung“ stieß in der Partei auf zahlreiche Vorbehalte. Hinzu kamen eine relativ unklare ideologisch-strategische Ausrichtung und die Zwänge, die sich aus der Beteiligung an der mehr denn je von der Sozialistischen Partei dominierten Regierung ergaben, die dazu führten, dass die Botschaft der neuen Führungsmannschaft wenig Gehör fand. Ungeachtet des Misserfolgs bei den Wahlen zum europäischen Parlament im Jahr 1999 (6,8%) versuchte Robert Hue, die Dynamik der Erneuerung beizubehalten und trat für die Gründung einer „neuen kommunistischen Partei“ ein, eine Idee, die im Frühjahr 2002 auf dem Parteitag in Martigue angenommen wurde.

Der Beschluss blieb jedoch im Wesentlichen auf dem Papier. Grund dafür war die Tatsache, dass es innerhalb der Partei und an ihren Außenrändern keine Kräfte für einen gemeinsamen Aufbau gab. Die während des Parteitags ruhenden internen Meinungsverschiedenheiten brachen 2001 von Neuem auf, angefacht durch Zweifel an der Wirksamkeit der Strategie einer Linkskoalition. Außerdem setzte sich der Prozess der Auflösung des Mitgliederbestandes fort: Während die KPF 1979 von offiziell 700.000 Mitgliedern sprach, zählte sie im Jahr 2000 nicht mehr als 180.000 und hatte, aller Wahrscheinlichkeit nach, vor den Wahlen 2002 weniger als 150.000 Mitglieder. Der Rückgang in den Mitgliederzahlen ging mit einem allgemeinen Absinken auch aller anderen Indikatoren einher: Die Zahl der Parteigruppen sank (13.000 im Jahr 2000 gegenüber 28.000 im Jahr 1978), die Presseverbreitung ging zurück (*L'Humanité* erreichte im Jahr 2000 eine Auflage von weniger als 40.000 Exemplaren gegenüber 120.000 Exemplaren im Jahr 1982).

Die KPF stellt sich als eine gealterte Partei dar, die ihre ideologischen Grundlagen aus der Epoche des „Marxismus-Leninismus“ verloren hat und in der die erwerbstätigen Bevölkerungsgruppen nur noch durch ihre Vergangenheit vertreten sind: Zu Beginn des neuen Jahrtausends steht die Identifizierung mit der Partei auf dem Spiel.

2.1.3. Die Grünen

Als Dominique Voynet 1993 die Führung der Grünen übernahm, markierte das den Beginn einer neuen Phase in der Geschichte der ökologischen Partei. Am Vorabend der Parlamentswahlen von 1993 machten die Grünen den Eindruck einer expandierenden Formation, fast den einer möglichen Ablösung der Sozialisten: Ihr innovatives Verhalten, ihr Charakter einer Bewegung, ihr gutes Image bei der Jugend und den Arbeitnehmern riefen Erinnerungen an die Dynamik der „neuen sozialistischen Partei“ in der ersten Hälfte der 70er Jahre wach. Das Festhalten an der durch Antoine Waechter durchgesetzten „fundamentalistischen“ Linie („weder rechts noch links“) hinderte die Grünen daran, ihren Erfolg bei den Parlamentswahlen von 1993 umzusetzen. Diese negative Erfahrung gab denjenigen Recht, die wie Dominique Voynet schon seit Jahren an einer Annäherung zwischen den Grünen und der radikalen Linken arbeiteten.

D. Voynet profitierte also anfangs von einem gewissen Konsens zwischen den Grünen, die sich in den „sozialen Bewegungen“ engagierten, und den „Linken“ in der grünen Bewegung (die im wesentlichen von dem Wirtschaftswissenschaftler Alain Lipietz vertreten werden). Dieser Konsens wurde jedoch zum Preis des Verdrängens der Grundsatzdebatten innerhalb der Linken erreicht: Zwischen der alternativen ökologischen Tradition (lange Zeit vertreten durch die deutschen Grünen) und der "liberal-freiheitlichen" Strömung war das Gleichgewicht nicht leicht herzustellen, und die Regierungsbeteiligung der Grünen – Dominique Voynet selbst wurde Umweltministerin – verschärfte das Problem noch.

Welchen Platz sollen die Grünen einnehmen? Sollen sie sich auf den Boden einer gewissen sozialen Radikalität stellen, wie es die Parteilinken und die Aktivisten in den Verbänden wollen? Oder sollen sie ihr Tun darauf ausrichten, der bevorzugte Partner der Sozialistischen Partei zu werden, um den bis jetzt durch die KPF eingenommenen Platz zu besetzen und irgendwann selbst an erster Stelle zu stehen? Der versteckt lauende Konflikt brach teilweise 1999 mit der medienwirksamen Kandidatur von Daniel Cohn-Bendit aus. Er setzte sich für eine eindeutig „liberal-libertinäre“ Politik ein, die im europäischen Rahmen den Markt akzeptiert und mit den kritischen Stimmen der „Alt-Achtundsechziger“ und ihrer Bewegung in Einklang bringt. Trotz seines relativen Wahlerfolges (9,7%) konnte sich

"Dany" in der französischen Organisation nicht durchsetzen. Nach vehementen internen Auseinandersetzungen – ein Bild, das die Grünen häufig bieten – wurde Noël Mamère ausgewählt, in den Präsidentschaftswahlen die Farben der Grünen zu verteidigen. Der Abgeordnete aus der Gironde besitzt drei Vorteile: Er ist medienwirksam; er hat sich mehrfach mit entschiedener Kritik zu Regierungsentscheidungen geäußert (vor allem zu Fragen der Sicherheit); er ist gleichzeitig mit Cohn-Bendit befreundet und unterstützte ihn bei den Wahlen zum Europaparlament.

Mit diesem instabilen Gleichgewicht gingen die Grünen im Frühjahr 2002 in die Wahl. Die Ergebnisse sind gemischt: Mamère übersprang die 5%-Hürde und machte die Grünen zur zweitstärksten Partei des Regierungsbündnisses; doch obwohl sie sich gegenüber den Parlamentswahlen 1997 leicht verbesserte, hat die Partei weniger Abgeordnete in der Nationalversammlung.

2.1.4. Die extreme Linke

Können die trotzkistischen Gruppierungen 2002 an die Wahlerfolge der letzten Jahre anknüpfen? Nach den Regionalwahlen von 1998 war sich die LCR sicher, dass aufgrund des Linksbündnisses ein Zusammengehen mit den Kommunisten und den Grünen ausgeschlossen ist. So beschloss man in Alain Krivines Partei ein Zusammengehen mit „Lutte Ouvrière“, ungeachtet der alten Rivalitäten und der zweifellos bestehenden kulturellen Unterschiede: die kompromisslose Radikalität von LO passt nicht zu dem intellektuellen und offenen Ansatz, der die LCR seit langem auszeichnete.

Die gemeinsame Ablehnung der Regierungspolitik beförderte das Bündnis zwischen den beiden konkurrierenden Parteien. Anlass zu dem Bündnis waren die Wahlen zum europäischen Parlament, bei denen die Liste LO-LCR die 5%-Hürde übersprang und es damit linksextremen Gruppierungen zum ersten Mal gelang, in das Europaparlament einzuziehen. Doch der Zusammenschluss war von kurzer Dauer: Die kulturellen Differenzen und insbesondere die Unterschiede im Verhalten gegenüber der sozialen Bewegung brachen schließlich auf, und die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen ließen bei der LO den Gedanken entstehen, von der Popularität Arlette Laguillers allein zu profitieren.

Die beiden Parteien zogen also getrennt in den Kampf. In der ersten Zeit schien es, dass „Lutte Ouvrière“ von der noch frischen Trennung klar profitierte, denn in den Meinungsumfragen erreichte die Partei Werte von bis zu 10%. Aber der engstirnige und sich ewig wiederholende Diskurs führten schließlich bei einem Teil der potentiellen Wählerschaft zu Überdruß. Dem gegenüber hatte es die LCR mit der Wahl eines jungen unbekanntem Aktivisten, dem Briefträger Olivier Besancenot, verstanden, die Radikalität eines sich scharf gegen die Linkskoalition wendenden Diskurses mit einer gewissen Modernität im Stil zu verbinden, was einen nicht zu vernachlässigenden Teil der Jugend und der Arbeitnehmer anzog. Insgesamt jedoch wurden durch das gute Abschneiden der LCR erstaunlicherweise die parteiinternen Diskussionen neu entfacht, da nicht alle die Annäherung an die äußerst sektiererische LO von Arlette Laguiller begrüßt hatten: In den 80er Jahren hatte die LCR den Beschluss gefasst, sich der sozialen Bewegung anzuschließen, und in der Allianz mit der LO sahen viele einen Bruch mit diesem Beschluss. Dass Alain Kriviers Zögling fast gleichauf mit der medienwirksamen "Arlette" lag, bestärkte die Aktivisten in ihrer Auffassung, dass die sektiererische Haltung der LO ein

Hindernis sei und die LCR sehr gut allein von der Radikalisierung des sozialen Konfliktes profitieren könne.

Doch die den Präsidentschaftswahlen nachfolgenden Parlamentswahlen haben gezeigt, dass, auch wenn die trotzkistischen Gruppierungen ein wirklich historisches Wahlergebnis erzielten und sogar die KPF hinter sich ließen, sie territorial nicht verwurzelt sind, was für die Festigung ihres politischen Einflusses nötig wäre. Der Erfolg der Präsidentschafts- und die Enttäuschung der Parlamentswahlen entfachte so erneut die Strategiedebatten innerhalb des französischen Trotzkismus.

2.2. Die strategischen Debatten innerhalb der Linken

In den 60er Jahren, als die Institutionen der Fünften Republik die Spaltung in Linke und Rechte reaktivierten, wiederholte die KPF geduldig ihre Parole von der Union der Linkskräfte. In den 70er Jahren wurde diese Gemeinschaft realisiert, doch zum Nachteil der Kommunisten und zum Vorteil François Mitterrands. Die 80er und 90er Jahre wurden also bestimmt von einer nie in Frage gestellten Dominanz einer sozialistischen Partei, die es verstanden hatte, den symbolischen Bruch von 1968 zum eigenen Vorteil zu verarbeiten. Die Niederlage der Linken bei den Parlamentswahlen von 1993 schien das Ende der sozialistischen Ära einzuleiten; das Überraschungsergebnis von 1997 gab ihr die Chance einer Neuaufgabe, wobei das von Lionel Jospin gewünschte Linksbündnis die Regierungsverantwortung übernahm.

Mit dem Ausgang der Wahlen von 2002 veränderte sich die Situation der Linken. Die Sozialisten erlitten bei den Präsidentschaftswahlen eine furchtbare Niederlage, wobei die Parlamentswahlen auch zeigten, dass sie nach wie vor die zur Zeit dominierende linke Kraft sind. Die Grünen konnten ihren Platz in der politischen Landschaft Frankreichs festigen, ohne jedoch den der KPF einnehmen zu können. Die extreme Linke hatte im Spiel der institutionalisierten Linken die Rolle des Spielverderbers übernommen, blieb jedoch in ihrem Wirken durch die unzureichende regionale Verankerung eingeschränkt, an der auch die Regionalwahlen von 1998 und die Kommunalwahlen von 2001 nicht wirklich etwas änderten. Die KPF hingegen blieb auf der Strecke, bewahrte sich jedoch eine solide lokale Grundlage und hat den Trumpf einer Parlamentsfraktion, die ihre Positionen in den zu erwartenden Debatten geschickt einzubringen versteht. Insgesamt betrachtet muss sich die Linke auf neue Kräfte besinnen.

2.2.1. Die Sozialistische Partei

1. Für die Sozialistische Partei ist der Zeitpunkt einer Neuordnung noch nicht gekommen, doch muss sie aufpassen, den Moment nicht zu verpassen. Offiziell hat sich die Mehrheit der Partei gegen die „sozial-liberale“ Richtung der britischen Labour-Partei ausgesprochen. Der von Tony Blair propagierte „Dritte Weg“ steht für die Suche nach einer Art Ersatz für den Wohlfahrtsstaat, der die sozialdemokratische Entwicklung der Nachkriegszeit bestimmte hatte. Folglich haben die theoretischen Überlegungen von Ulrich Beck und Anthony Giddens bis heute die französischen Sozialisten nicht überzeugt, da sie mit der historisch bedingten unausrottbaren Lebenskraft einer radikalen politischen Strömung rechnen müssen, die im angelsächsischen Raum kaum vorhanden ist. Lionel Jospin pflegte daher die Unterschiede zu seinem britischen Amtskollegen. Doch auch wenn sich der Diskurs der französischen Sozialisten von dem jenseits des Ärmelkanals unterscheidet, scheint sich doch die stärker „sozial“ ausgerichtete französische Regierungspolitik von der

an den Ufern der Themse verfolgten Richtung nicht allzu sehr zu unterscheiden. Auf europäischer Ebene wird Lionel Jospin innerhalb der Sozialdemokraten als ein Gegengewicht zum „Blairismus“ wahrgenommen. In Frankreich trifft dies dagegen nicht zu, hier haben die Einwände der sozialen Bewegung ernste Zweifel an der Reformkraft und dem sozialen Engagement der Regierung aufkommen lassen. Wenn sie heute zwischen Sozial-Liberalismus und Sozial-Demokratie wählen müsste, worauf würde sie die Wahl wohl gründen?

2. Die dominierende Kraft des der Vergangenheit angehörenden Linksbündnisses befindet sich in der Krise. Was ist den Sozialisten widerfahren? Haben sie schlecht regiert? Ja und Nein, antwortet Henri Emmanuelli: Seit 2000 verzichtete die Regierung darauf, Reformen durchzuführen, und ist „zum Verwalter einer sozial-liberal geprägten Phase“ geworden (*Libération*, 12. September). Ein trügerisches Argument, behaupten zehn Tage später Alain Bergounioux und Henri Weber (*Libération*, 23. September): Reformen ziehen sich durch die gesamte Legislaturperiode. Sie meinen jedoch auch, dass es den Sozialisten nicht gelungen sei, die „realistische Utopie zu verkörpern, ohne die sich die Bürger zurückziehen“. Was tun? Die Liste der Antworten, die die Sozialisten vorschlugen, ist lang. Theoretisch will keiner dem britischen Beispiel folgen: Laurent Fabius lehnt es ab, als geklonter Tony Blair daher zu kommen, und Dominique Strauss-Kahn schwört bei allem, was ihm heilig ist, dass er nicht liberal sei. Doch der Fabius-Anhänger Henri Weber diskutiert öffentlich mit Jean-Marie Bockel, der aus seiner Bewunderung für den Führer der englischen Labour-Partei keinen Hehl macht.

3. Am Tag nach der Wahl, die mit aller Deutlichkeit den Vertrauensentzug des Volkes für die Linke deutlich gemacht hatte, war man nicht gut beraten, wenn man sich in der Sozialistischen Partei zu weit „rechts“ zeigte. Bis heute befinden sich die eindeutig linken Strömungen im Aufwind. Henri Emmanuelli, der 1995 gegen Lionel Jospin im Vorentscheid zum Präsidentschaftskandidaten angetreten war, veröffentlichte sofort seinen Appell, das „Zentrum der Schwerkraft in der Sozialistischen Partei zu verschieben“, um, wie er hinzufügte, es „wieder links zu verankern“. Ihm schloss sich ein Teil der sozialistischen Linken um Jean-Luc Mélançon an. Julien Dray dagegen folgte ihnen nicht: Er hielt es lieber mit den alten „Jospinisten“ wie Jean-Marie Peillon oder dem populären Arnaud Montebourg, um mit ihnen gemeinsam dem Bedürfnis nach einer „Neuen Sozialistischen Partei“ nachzukommen, während sich Martine Aubry Ende Juni darauf beschränkte, mit ehrlicher Überzeugungskraft von den Sozialisten eine „Allianz der Ausgegrenzten, der unteren und mittleren Klassen“ zu fordern, was für sie auch bedeutete, den Gemeinschaftssinn wieder zu entdecken, den die liberale „Individualisierung“ zurückgedrängt hatte.

4. Welche politischen Inhalte und welche Allianzen werden gebraucht?

- Insgesamt bleiben die Sozialisten ihrer Logik des herrschenden ökonomischen Systems treu. Der Fragebogen, der Anfang September an die Mitglieder versandt wurde, erinnert daran, dass es das Ziel der Sozialisten ist, „den Kapitalismus zu steuern“, und selbst Henri Emmanuelli, der sich gegen einen „pseudorevolutionären Diskurs des Bruchs“ mit dieser Gesellschaftsordnung aussprach, ließ den Gedanken einer „Unterstützung der Marktwirtschaft“ zu, wobei er hinzufügt, dass man sich ihr nicht „unterwerfen und vorbehaltlos verschreiben“ dürfe. Innerhalb dieser gemeinsamen Vorgehensweise, die langfristig die Grundlage der sozialdemokratischen Herausforderung bildet, zeichnen sich jedoch unterschiedliche Modalitäten ab. Als Leser der Theoretiker des Sozialliberalismus ziehen die Fabius-

Anhänger eine Chancengleichheit für jeden Menschen der traditionellen Logik einer Verteilungsgleichheit vor. Der linke Flügel dagegen scheint sich eher der Suche nach einer Politik der sozialen Umverteilung verschrieben zu haben, die sich auf die Erhaltung eines staatlichen Sektor stützt.

- Mit welchen Allianzen soll all dies erreicht werden? Die provisorische, von François Hollande (der sich kürzlich zu einem von der stärksten Partei genau kontrollierten Linksbündnis bekannte) vertretene Hauptachse behält natürlich die „Sammlung der Linken“ als Ziel bei. Aber sie sträubt sich noch gegen das Projekt einer Einheitspartei, dessen Wirklichkeitsferne die Sozialisten am Ende des Sommers erfahren mussten. Wodurch nun kann dieses Linksbündnis ersetzt werden? Auf diese Frage wird man später antworten. Im Augenblick, so erklärte François Hollande auf der Sommeruniversität seiner Partei, „schlage ich vor, dass wir uns nur noch mit uns selbst beschäftigen“.
- Es sind eher die Anhänger des „rechten“ Flügels der Sozialistischen Partei, die weiterhin für eine „große Partei der Linken“ plädieren. Am 2. Oktober erklärte Dominique Strauss-Kahn, der erste Minister für Wirtschaft und Finanzen im Kabinett Lionel Jospin, in einem Artikel der Zeitung *Le Monde*, dass man zwischen „Reformen“ und „Radikalität“ zu wählen und sich zwischen dem Weg einer „linken Partei“ und dem eines „radikalen Pols“ zu entscheiden habe. Er brachte damit seine Befürchtungen angesichts eines eventuellen Bündnisses mit den Kommunisten, der extremen Linken, den Grünen und einem Teil der sozialen Bewegung zum Ausdruck.

2.2.2. Die Grünen

Seit den Präsidentschaftswahlen zeigen sich die Grünen sehr aktiv und wollen mit einer gewissen politischen Radikalität Boden gewinnen. Noël Mamère zufolge ebnet der Rückgang der Sozialistischen Partei und der KPF den Grünen den Weg, die „durchaus legitimiert sind, eine Mittlerrolle zwischen der politischen und der sozialen Linken, zwischen einer Linken in der Opposition und einer Linken in der Verantwortung zu spielen“ (*Le Monde*, 26. April). Der Kandidat der Umweltpartei bezog während des gesamten Wahlkampfes eine eindeutig „radikale“ Stellung. Er strebte an, aus seiner politischen Bewegung auf dieser Grundlage den Ausgangspunkt für eine Neuordnung „all derer, die vom Geist von Seattle und Mailand erfüllt sind“, zu formen. Die Grünen lehnen alles ab, was den Anschein eines "radikalen Pols" weckt und bevorzugen einen Diskussionsraum oder ein „Forum“, wobei sich der Bogen „von Attac bis Act-Up“ spannt. Sie hoffen, sich mit der Besetzung des von ihrem neuen Kandidaten beschriebenen Terrains als einzige verbindende Kraft der Linken zu etablieren und sich damit zum Gesprächspartner par excellence für eine Sozialistische Partei zu machen, die „sich auf ein *aggiornamento* zu bewegen“ wird, wie Noël Mamère weiter sagte.

2. Die Grünen stecken in der Tat in einer seltsamen Situation. Alles in allem könnten sie mit ihren Wahlergebnissen zufrieden sein, denn es sind die besten, die man bei Wahlen dieser Art erzielen kann. Aber ihre zahlenmäßig geringe parlamentarische Vertretung bewirkt, dass ihre Organisation an chronischer Schwäche leidet und ihre institutionelle Einbindung von dem guten Willen eventueller Partner abhängt. Und ob zu Recht oder zu Unrecht: Die ökologische Bewegung hat das bittere Gefühl, dass ihnen ihre Führungspersonlichkeiten zunächst durch die „national-republikanischen“ Hoffnungen eines Jean-Pierre Chevènement

und später mit dem Durchbruch der trotzkistischen Linken abhanden gekommen sind. Jetzt, wo sich ein Raum vor ihnen aufzutun scheint, beschäftigen sich die Grünen einmal mehr mit internen Querelen, was zu ihren absoluten Stärken gehört. Sie zu entschlüsseln ist übrigens nicht einfach.

3. Insgesamt fällt das Urteil der Grünen über das Experiment der Regierungsbeteiligung massiv kritisch aus. Ohne Zweifel ist dies der Hauptgrund für den freiwilligen Rückzug von Dominique Voynet, deren politische Amtsführung in den letzten Jahren nicht immer Zustimmung fand. Die ehemalige Umweltministerin kann sich mühen wie sie will, damit die fünf Jahre ihrer Beteiligung an „der am weitesten links stehenden Regierung in ganz Europa“, wie sie auf der Sommeruniversität der Grünen am 27. August letzten Jahres erklärte, angemessen bewertet werden. Ihre Zuhörer folgen ihr nicht und kritisieren vielmehr den sozial-liberalen Geist der letzten Regierung. Welche Orientierung soll man beibehalten? In den letzten zehn Jahren haben die Grünen aufgrund ihrer internen Meinungsverschiedenheiten und Umgruppierungen viel gezögert: Linksruck Anfang der 90er Jahre (Distanzierung von Antoine Waechter), Versuch der Annäherung an die „kritischen Linken“, 1994 „liberal-libertinäre“ Tendenzen mit Daniel Cohn-Bendit, Beteiligung am Linksbündnis 1997 usw. All dies ist vorbei und hinterlässt bei den Grünen eine Erwartung. Was soll man in der Zukunft tun?

- Dominique Voynet hätte vielleicht den Ehrgeiz, die Rolle eines Joschka Fischer in Frankreich zu spielen: Sie hatte jedoch nicht die Mittel dazu, was vor allem daran lag, dass ihr der absolute Führungsanspruch der Sozialistischen Partei Jospins nicht die Möglichkeit dazu gab. Im Herbst zeigte sie offen ihre Präferenz für die Gründung einer zeitlich begrenzten großen Linkspartei unter Einbeziehung der Grünen, was sowohl die Linken unter den Grünen als auch die Anhänger Noël Mamères ablehnten.
- Die von Noël Mamère vertretenen Grünen wünschen sich eine klare linke Verankerung, womit sie sich gegen die sicherheitsbezogenen Entscheidungen sowohl der Rechten wie auch der Sozialistischen Partei wenden. Sie verteidigen die Existenz eines öffentlichen Sektors und verurteilen entschieden die Globalisierung und die sozial-liberalen Denkweisen, die Noël Mamère ohne Zögern der Sozialistischen Partei unterstellt. Er plädiert für ein Engagement der Grünen gegen Globalisierung und Liberalismus. Mit wem kann man zusammen gehen? Die Grünen nennen bereitwillig die soziale Bewegung und kämpfen einhellig gegen die Vorherrschaft der Sozialistischen Partei. Welche Haltung beziehen sie gegenüber den anderen Teilen der Linken? Hier sind die Formulierungen verschwommener. Es gibt eine starke Tendenz, den Aufschwung der Grünen zur Bedingung einer Neugestaltung der Linken zu machen. „Seid stolz, zu den Grünen zu gehören!“, so etwa war der Sinn der Worte Noël Mamères während der jüngsten Sommeruniversität, „geht in die Verbände und zeigt euch dort als streitbare Umweltschützer.“ Man kann annehmen, dass der Erfolg ihrer Gesinnungsgenossen jenseits des Rheins die Grünen noch mehr in diese Richtung drängen wird. Doch ihre Situation ist und bleibt trotz aller Bündnismöglichkeiten ungefestigt.
- Die Linken innerhalb der Grünen entwickeln hingegen eine alternative Dynamik, die sich nach wie vor an der Tradition der deutschen Grünen in den 80er Jahren orientiert. Zur Zeit der Präsidentschaftswahlen waren sie unterbewertet, doch scheinen sie von den Entwicklungen nach den Wahlen zu profitieren. Ende November stieg Alain Lipietz, der eine Zeit lang der offizielle

Präsidentenskandidat der Grünen war, in den Parteistrukturen auf, so dass er in Zukunft eine ganz entscheidende Rolle spielen könnte.

2.2.3.. Die Kommunistische Partei Frankreichs

1. Die Kommunistische Partei ist auf der Suche nach einer Ersatzformel für das Linksbündnis und nach einer Möglichkeit, sich der Vorherrschaft der Sozialistischen Partei zu entziehen. Während seines Wahlkampfes hatte Robert Hue das Kräfteverhältnis der Linken kritisiert und betont, dass man etwas anderes finden müsse. Alternative Vorschläge entwickelte er jedoch nicht. Unmittelbar nach dem ersten Wahlgang formulierte Marie-George Buffet die Idee der Schaffung eines ständigen Forums, das auf die „Mobilisierung aller Kräfte zielen und sich mit den Fragen der sozialen Umgestaltung auf der Ebene der Politik, der Gewerkschaften, der Verbände und der Bürger befassen“ sollte. Sie tat das in der Überzeugung, dass die „Linke die Initiative in die Hand nehmen“ müsse. Unmittelbar vor dem zweiten Wahlgang wiederholte sie ihren Vorschlag in *Le Monde* vom 4. Mai, wobei „jede Sammlungsbewegung, die lediglich auf einer simplen Addition der Stimmen oder der politischen Kräfte aufbaut“, von ihr abgelehnt wurde. „Wir brauchen“, fuhr sie fort, „eine neue Dynamik des Zusammenschlusses, die sich um einen starken politischen Inhalt organisiert.“

2. Muss die KPF ihre Strategie nicht noch präzisieren, und muss sie nicht wenigstens in klarer Form über mögliche Perspektiven diskutieren? Diejenigen, die sich selbst als "Neugründer" bezeichneten, verlangen genau das. Seit Jahren schlagen sie eine tiefgreifende Reorganisation der Linken auf der Grundlage eines „neuen Gleichgewichts“ vor, wodurch die Vorherrschaft der Sozialisten abgebaut und die weiter links liegenden Komponenten gestärkt werden könnten. Dieser Schritt der Umstrukturierung, der unter dem Schlagwort „radikaler Pol“ oder „alternativer Pol“ bekannt ist, hat weder die Gründung einer einzelnen politischen Formation auf der Seite der Radikalen noch einen einfachen Zusammenschluss der Organisationen links von der Sozialistischen Partei im Sinn. Aus den Erfahrungen des Dezember 1995 zielt der Vorschlag, den das Wochenblatt der „Neugründer“ *Futurs* mehrfach unterbreitet hat, darauf ab, die am stärksten nach „Radikalität“ strebenden Kräfte zu sammeln, damit sie ein wirkliches Alternativprojekt zum Liberalismus in Umrissen entwerfen und bei Wahlen den Schwung einer subversiven politischen Dynamik nutzen können. Das ist mehr als ein einfacher Diskussionsraum, der es den einzelnen Parteien überlässt, die Radikalität politisch auszudrücken, und ist gleichzeitig doch weniger als eine homogene politische Formation.

3. Im Unterschied zu den Ereignissen der 80er Jahre hat die KPF das Experiment ihrer Regierungsbeteiligung bis zum Ende durchgestanden. Sie musste zwar „manchmal die Stimme heben“, wie sie es selbst formuliert, doch sie war bis zum Schluss in der Regierung vertreten und hat damit *grosso modo* die Spielregeln der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse eingehalten. Jetzt muss sie für ihre damalige politische Entscheidung gerade stehen. Wie kann man aus der Talsohle herauskommen? Am 26. Juni diesen Jahres stellte Marie-George Buffet auf der Nationalkonferenz in Gennevilliers noch einmal die Fragen, die sie in ihrem Schlusswort auf dem Parteitag im vergangenen Jahr schon gestellt hatte. Ist die Zersplitterung der Kräfte, „die etwas anderes erwarten“, nicht die Ursache für unsere Wirkungslosigkeit, formulierte sie, und setzte auf der gleichen Linie fort: „Muss man nicht aus diesem Anspruch - der Fähigkeit dieser Kräfte zur sozialen Umgestaltung genügend Gewicht zu geben - eine strategische Frage machen?“

Doch die Gestaltung des politischen Weges führt schnell zu Diskussionen in einer Partei, in der alle danach zu streben scheinen, die faktische Unterordnung unter die von der Sozialistischen Partei durchgesetzten Mehrheitsentscheidungen zu durchbrechen. Ein Teil der Mitglieder der KPF wie auch der Parteiführung sucht nach Bündnismöglichkeiten links von der Sozialistischen Partei. Niemand – noch nicht einmal diejenigen, die auf die Gründung eines „radikalen Pols“ orientieren – scheint dabei die Gründung eines engen Zusammenschlusses mit den Organisationen der extremen Linken anzustreben. Doch die Kommunisten zögern, wenn es um die Nutzung der politischen Konvergenzen geht. Muss man versuchen, sich von den bestehenden Gruppierungen zu lösen und die Millionen von Menschen, die ihrem Wunsch nach einer Alternative Ausdruck verliehen haben oder sich der Stimme enthielten, direkt zusammenzuführen? Dies würde voraussetzen, dass die KPF eine Fähigkeit der Sammlung verschiedener Kräfte entwickelt, von der die anderen, ob nun einfache Mitglieder oder politisch Verantwortliche, weit entfernt sind. Herstellung neuer Beziehungen zum Volk, Entwicklung anderer Formen des Umgangs mit den Verbänden, Suche nach Konvergenzen, einschließlich von Wahlbündnissen, mit allen radikalen Gruppierungen – das wären die anzustrebenden Ziele. Hierfür müssen jedoch Vorurteile überwunden werden, die immer noch viele Mitglieder haben und ein Grund für ihre vehemente Ablehnung der Sozialdemokratie und der extremen Linken sind.

2.2.4.. Die extreme Linke

1. Wird die extreme Linke in der Lage sein, ihren Erfolg bei den Präsidentschaftswahlen fruchtbringend für sich zu nutzen? Die unnachgiebige Haltung von Arlette Laguiller im zweiten Wahlgang (sie hatte es entschieden abgelehnt, ihren Anhängern eine Wahlempfehlung für Jaques Chirac zu geben) zeigt, dass der Wahlerfolg nichts an der strategischen Ausrichtung der äußerst sektiererischen „Union Communiste Internationaliste“ geändert hat. Am Abend des 21. April versicherten die Freunde Arlette Laguillers lediglich, „dass es in Zukunft für die verschiedenen Abteilungen der extremen Linken darauf ankommen wird, abgesehen von den Wahlergebnissen eine größere Rolle in der Welt der Arbeiter und ihren zukünftigen Kämpfen zu spielen“. Die LCR fühlte sich durch das unerwartet gute Ergebnis Olivier Besancenots ermutigt und betonte, dass „die Frage einer neuen antikapitalistischen Kraft, einer neuen Partei der Arbeiter und der Jugend in aller Schärfe gestellt“ werden müsse. Die Organisation Alain Krivines hatte in den 80er und 90er Jahren eine Linie entwickelt, die darauf abzielte, eine Bewegung und offen für neue Formen der Mobilisierung zu sein (Protestbewegungen wie *Ras l'front, les Sans*). Sie verzichtete nach den Regionalwahlen von 1998 auf die Perspektive einer das Feld der Radikalität mit einbeziehenden politischen Formation und kehrte zu einer im klassischen Sinn „bolschewistischen“ Linie zurück, wobei sie darauf abzielte, sich das Netz der Verbände zur Stärkung der politischen Avantgarde zu Nutze zu machen. Welche langfristigen Auswirkungen werden die Präsidentschaftswahlen haben? Im Augenblick zögert die LCR, zurückgeschreckt durch die heftigen Vorwürfe der LO, sie habe sich mit dem Aufruf, am 5. Mai „gegen Le Pen“ zu stimmen, selbst verleugnet.

2. Am Tag nach der eher enttäuschenden Parlamentswahl kehrte die extreme Linke in ihre Situation der Spaltung zurück. Die 10% des 21. April haben jedoch die Notwendigkeit einer Neudefinition der strategischen Perspektiven offenkundig gemacht.

- Die Bündnisfrage beunruhigt die Freunde Arlette Laguillers sicherlich kaum, da sie es wieder einmal vorziehen, die Einsamkeit des „Revolutionärs“ zu pflegen, und sie es nicht lassen können, die „Kleinbürger“ der LCR zu geißeln.

- Die LCR dagegen ist unschlüssig. Die Aktivisten dieser Organisation wissen, dass ihr politischer Einfluss begrenzt bleibt. Eine Zeitlang hatte sie sich auf dem „Wählerkredit“ der allgemeinen Sympathie für „Arlette“ ausgeruht. Heute sind sie gezwungen, andere Konvergenzen zu finden. Aber mit wem? Im Augenblick ist die LCR etwas blockiert durch die generelle Ablehnung des Linksbündnisses und der Regierungsbeteiligung. Wenn gesagt wird, dass das Verhalten Einzelner in der Zeit von 1997 bis 2000 kein Hindernis für gemeinsame Aktionen sein müsse, so sind das schüchterne Ansätze. Aber die Idee eines Bündnisses mit den Mitgliedern der früheren parlamentarischen Mehrheit bleibt verboten. Die LCR hält sich demnach offiziell an eine doppelte Erklärung: Die Forderung nach „einer Mobilisierung aller demokratischen Kräfte“ (vgl. die Erklärung der LCR vom 20. August gegen „die Freiheit beschränkenden Projekte“) und die Idee, dass man „eine neue antikapitalistische Kraft gründen muss, die einen Bruch mit der negativen Bilanz der Linkskoalition vollzieht“. (Olivier Besancenot, 10. Juni 2002).

2.3. Außerhalb der Parteien

Seit 1995 ist die Szene der „sozialen Bewegung“ mit ihren zahlreichen Versuchen einer autonomen Politisierung beschäftigt. Ausgelöst durch die November- und Dezemberstreiks, fand Ende 1995 ein Treffen zwischen den Aktivisten der Bewegung – häufig Gewerkschafter, die in den eigenen Organisationen eine Minderheit bilden oder Mitglieder in der jungen, aus der CFDT hervorgegangenen Gewerkschaft *Sud* sind – und Intellektuellen von der extremen Linken bzw. aus dem Umfeld des Soziologen Pierre Bourdieu statt. Erklärtes Ziel dieses Treffens, das sich den Namen „Generalstände der sozialen Bewegung“ gab, ist es, ausgehend von der Bewegung einen politischen Schulterschluss herzustellen, der nicht von Anfang an über die Parteien läuft. Die Bewegung schaffte es jedoch nicht, sich als Kraft zu etablieren. Doch die Akteure von 1995 treffen sich seither regelmäßig, um in einer weiter gefassten Perspektive über die anfangs gemeinsam konzipierten Aktionen hinaus im Gespräch zu bleiben. Wenn sich aus dieser Erfahrung auch keine greifbaren politischen Ergebnisse ableiten ließen, so führte sie doch wenigstens zu praktischen Gemeinsamkeiten, z. B. zur Schaffung der Kopernikus-Stiftung (Jacques Kergoat, später Yves Salessé), die sich zur Aufgabe machte, links von der Linken eine Art „Projektlaboratorium“ zu sein, vergleichbar mit der Saint-Simon-Stiftung für die Rechte und einen Teil der Linken.

Der Versuch der Politisierung der „soziale Bewegung“ gelang nicht, wofür man mehrere Gründe anführen könnte: das bewusste oder unbewusste Desinteresse der politischen Formationen, die das politische Meinungsmonopol der sozialen Bewegung weiter für sich beanspruchte; die Beibehaltung einer gewissen Kultur revolutionär- bzw. anarcho-syndikalistischer Herkunft, die gegenüber allzu staatsorientierten Parteiorganisationen prinzipiell misstrauisch ist; innerhalb der Bewegung sehr unterschiedliche Vorstellungen von dem, was moderne Radikalität bedeuten kann. Aus diesen Gründen konnte sich die radikalisierte soziale Bewegung von 1995 und die politischen Strukturen nicht zusammenschließen. Die Kluft zwischen ihnen zeigte sich besonders deutlich während der Parlamentswahlen von 1997: Alle Versuche, zu einer Absprache zwischen den Aktivisten der sozialen Bewegung und den „spezialisierten“ politischen Akteuren zu kommen, endeten mit einem Misserfolg.

Unmittelbar nach den Wahlen von 2002 wurde eine Vielzahl von Appellen verfasst, die alle zu einer Neuordnung der Linken insgesamt und zur Herbeiführung einer politischen

Dynamik links von der Linken aufriefen. Diese auf Initiative von Minderheitsgruppen oder ehemaligen Mitgliedern linker Organisationen (KPF, Grüne, extreme Linke) verfassten Appelle führten zu keiner Veränderung der Parteienlandschaft. Doch die Zahl der Texte und ihrer Unterzeichner und der relativ große Erfolg der gemeinsamen Treffen lassen erkennen, wie umfassend das Feld möglicher Politisierungen im radikalen Bereich ist und wie schwer es ist, diese Initiativen der Aktivisten mit den bestehenden Organisationen zusammenzuführen.

3. Allgemeine Überlegungen

3.1. Das Ende einer Ära

Insgesamt steht die französische Linke mit all ihren Strömungen vor einer Entwicklung, die von mehreren historischen Umbrüchen geprägt wird:

Das Ende des Ford-Kapitalismus. Die Globalisierung geht mit einer generalisierten Liberalisierung einher, die die Lohnverhältnisse neu strukturiert, mit sowohl den Nationalstaat als auch den Wohlfahrtsstaat schwächt, die weltweite Ungleichheit verstärkt und das anfällige, durch den Sieg über den Faschismus und im Ergebnis des kalten Krieges erzielte Gleichgewicht destabilisiert. Der Eintritt in diese neue Phase schafft sowohl für die dominanten Führungen als auch für die klassischen Formulierungen der Alternative Irritationen: Die klassische sozial-demokratische Umverteilung und der „radikale Keynesianismus“ der Nachkriegszeit (also die am weitesten links einzuordnenden Varianten der Sozialdemokratie und das kommunistische Projekt der 60er Jahre) sind ebenso wie die Regierungsverantwortung nach bolschewistischem Modell den realen Gegebenheiten des heutigen Kapitalismus nicht mehr angemessen.

Das Ende der mechanischen Industrie und der Arbeiterbewegung. Die technologischen Revolutionen und der Beginn des Informationszeitalters haben zumindest in den entwickelten kapitalistischen Ländern die Produktionsprozesse verlagert, die Arbeitskollektive aufgelöst und die klassischen Grundlagen (Verbindung zwischen Großindustrie und Stadt) der Arbeiterbewegung verändert. Dabei ist der Arbeiter nicht etwa verschwunden, ganz im Gegenteil, sondern das Ende der Expansion der Gruppe der Arbeiter und die in die Tiefe gehende Transformation des Industrienetzes haben dem Mythos von der Klasse, die gemeinhin mit dem Volk gleichgesetzt wurde und deren Befreiung also auch die der Gesellschaft insgesamt sein sollte, ein Ende gesetzt. Die Betonung des Individuums – nicht zu verwechseln mit dem Individualismus, der spezifisch kapitalistischen Antwort auf diese neue Rolle des Einzelnen – und die Erkenntnis, dass soziale Entfremdung und Ausbeutung nicht zu trennen sind, jedoch auch nicht miteinander verschmelzen, relativierten den klassischen proletarischen gemeinsamen Kampf und gaben den verschiedenen Formen der Kritik an der alten Herrschaftsordnung mehr Raum. Durch den Rückgang der „Arbeiterbewegung“ wurde der Weg für die „sozialen Bewegung“ frei, in deren Mitte die „Bewegung für eine andere Globalisierung“ den universellsten Ausdruck im Weltmaßstab darstellt. Was diese soziale Bewegung - das globale Emanzipationsmodell – braucht, ist die politische Struktur, die die treibende Kraft der Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts war und die ihr bisher noch fehlt.

Das Ende der repräsentativen Demokratie. Dieses Modell demokratischer Vertretung des Volkes hatte sich im 18. und 19. Jahrhundert durchgesetzt. Zur ersten ernsten Krise kam es

mit der durch den Ersten Weltkrieg beschleunigten „Vermassung“. 1945 erlebte sie einen neuen Aufschwung und wurde „sozialer“. Gegenwärtig sieht sie sich einer bisher so nicht gekannten Strukturkrise ausgesetzt, die folgende Gründe hat: Die Nachkriegsgesellschaft wurde von Grund auf verändert (Entlohnung, Verstädterung, Feminisierung, Globalisierung, Individualisierung u. a. m.), ohne dass die Institutionen angepasst wurden. Die traditionellen Trennlinien zwischen Wirtschaft, Sozialbereich und Kultur erfassen die Komplexität der heutigen Gesellschaften nicht mehr. Die Bürgerbeteiligung, durch die der demokratische Zusammenhalt hergestellt wird, hat in den traditionellen territorialen Räumen und insbesondere im nationalen Rahmen keinen Platz mehr. Die heutige Demokratie leidet daran, sich für das Übernationale, die Welt der Arbeit und ganz allgemein die „Gesellschaft“ nicht genügend öffnen zu können. Allein im Rahmen des Repräsentationssystems wird sie dies auch nicht erreichen können.

Das Ende der „Union der Linken“, die zu Beginn der 60er Jahre ins Zentrum der Debatte rückte, als die KPF sie als Reaktion auf die Etablierung des gaullistischen Regimes der Fünften Republik auf ihre Fahnen schrieb. Sie kannte zwei Höhepunkte: 1972, als die Sozialistische Partei unter Mitterrands Führung den Vorschlag des Zusammenschlusses aufgriff und mit der KPF und den Linksradiakalen das Gemeinsame Regierungsprogramm unterzeichnete, und 1981, als François Mitterrand zum ersten Mal seit 1947 eine Regierung unter Einbeziehung kommunistischer Minister bildete. In der Zwischenzeit hatte die Sozialistische Partei ihren kommunistischen Verbündeten und Rivalen verdrängt. Die linke Regierungskoalition der jüngsten Geschichte stellt zweifellos die letzte Episode dieser historischen Periode dar.

Das heißt natürlich nicht, dass sich die französische Linke zur ihrer politischen Führungsrolle und den Mehrheitsverhältnissen, die derartige Entwicklungen ermöglichen, keine Fragen mehr stellen müsste. Doch die „Union der Linken“, die auf dem Bündnis zwischen mehreren institutionellen Parteien (an erster Stelle der KPF und der Sozialistischen Partei) aufbaute, entsprach einem bestimmten Zustand der Lohngesellschaft, der Volksvertretung und des Wohlfahrtsstaates. Die Suche nach einem Bündnis speziell zwischen den institutionellen Parteien entsprach der These, dass durch eine Präsenz in verschiedenen Behörden und Regierungsstellen die keynesianische Umverteilung organisiert und verbessert werden könnte. Für die Sozialistische Partei ging es in den 70er Jahren darum, die reformistische Tradition des Wohlfahrtsstaates fortzusetzen. Die KPF dagegen wollte durch eine gewagte Politik demokratischer Reformen (Nationalisierungen und Erweiterung der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer) die Bevölkerung auf sozialistisch-kommunistische Strukturereformen vorbereiten. Dieses Gleichgewicht ist heute nicht mehr gegeben, was auf die sich unter dem Druck der Globalisierung, der Krise der politischen Vertretungen und der gegenwärtigen Art der Emanzipation vollziehende Transformation der Gesellschaft zurückzuführen ist.

3.2. Die Grundlagen einer Neuformierung

Die Linke wird also mit Forderungen konfrontiert, die eine Neugründung verlangen und die sich sowohl auf die Parteienlandschaft insgesamt als auch auf die Entwicklung jeder einzelnen Komponente beziehen.

Die Linke muss ihr Verhältnis zum Volk überdenken. Solange sie in der Lage war, die Erwartungen des Volkes (durch ihre aktive „gesellschaftliche“ Beteiligung) konkret auszudrücken und Träger der auf das Volk gerichteten Förderungsbemühungen zu sein,

konnte sie das Volk durch eine Politik der sozialdemokratischen Umverteilung oder über den Umweg einer aus sowjetischer Utopie und konkretem Realismus bestehenden Mischideologie, die früher die Stärke der französischen Kommunisten war, durch städtische Aktionen und Gewerkschaftsmobilisierung „repräsentieren“. Um den verlorengegangenen Kontakt zum Volk wieder herzustellen, muss die Linke eine neue Basis finden (mit Blick auf die gegenwärtigen Formen der Sozialisierung und der vom Volk ausgefochtenen Kämpfe und nicht mit Sehnsucht nach der Vergangenheit). Andererseits wird von ihr erwartet, dass sie ein Gesellschaftsprojekt formulieren kann, in dem die verschiedenen Schichten der Bevölkerung den Platz finden können, den ihnen der Wohlfahrtsstaat teilweise zugestanden und der Neoliberalismus radikal weggenommen hatte.

Um wieder volksnah zu sein, muss die Linke ihre zukunftsorientierte und alternative Funktion zurückgewinnen. Ihre politische Niederlage hat vielfältige subjektive und objektive Ursachen. Ihre historischen Schwierigkeiten scheinen vor allem durch das Versagen sowohl des sowjetischen Systems als auch der Sozialdemokratie bedingt zu sein.

Neue zeitgenössische Projekte „marxistischer“ Herkunft werden den grundlegenden Dualismus, der für Frankreich so typisch ist, noch verstärken: Die Linke teilt sich in zwei Lager: Die Einen passen sich an, da sie den Kapitalismus für unüberwindbar halten, und versuchen lediglich, seine „Auswüchse“ zu korrigieren; die Anderen gehen davon aus, dass es im Wesen des Kapitalismus liegt, Ungleichheiten zu schaffen; sie sind deshalb der Ansicht, dass soziale Umgestaltung im Interesse der Gerechtigkeit verlangt, den Kapitalismus zu „überwinden“ oder „abzuschaffen“. Dieser Dualismus hat Gründungsfunktion.

Die Neuorientierung muss mehr als ein einfaches „Zurück zu den Quellen“ sein. Weder die sozialdemokratische Anpassung noch der „revolutionäre“ Geist werden durch das einfache Wiederholen der Lösungen des vergangenen Jahrhunderts weiter leben können. Die Sozialdemokraten müssen sich zwischen neuen und wirklichkeitsnahen Formen der Umverteilung einerseits und der „soften“ Version des „Sozial-Liberalismus“ andererseits entscheiden. Der radikale bzw. alternative Weg muss andere Alternativen zum Liberalismus für sich finden als das klassische Besinnen auf den Staat. Das sowjetische System hat in grausamer Weise gezeigt, in welche Sackgassen ein solcher Weg führen kann. Die kommunistische Tradition muss auf die alte, historisch jedoch in Vergessenheit geratene Erkenntnis zurückgreifen, dass der Kampf für die Emanzipation den Einklang von Kollektivem und Individuellem, die Ablehnung des Liberalismus und die Kritik am Etatismus bedeutet. Darin unterscheidet sich der revolutionäre (oder radikale) Ansatz von der sozialdemokratischen Lösung und vom „republikanischen“ Diskurs. Gleichzeitig gilt es, klar zu formulieren, dass eine Logik des „Überwindens“ des Kapitalismus davor schützt, den sozialdemokratischen Weg mit den Sackgassen eines „sowjetischen“ Systems verquicken zu wollen (Letzteres übt auf die extreme politische Linke nach wie vor Anziehung aus).

Die Linke muss sich neu konstituieren, indem sie zwei Prämissen formuliert

Neugestaltung der Beziehungen zwischen sozialer Bewegung und politischen Strukturen. Das klassische Modell der Beziehung (sozialdemokratische und kommunistische Unterordnung; Trennung von „revolutionär-syndikalistisch“) entspricht nicht mehr der heutigen Zeit, in der Wirtschaft, Soziales und Politisches miteinander verwoben sind, das klassische Repräsentationsmodell, das den Parteien das Monopol der politischen Meinungsäußerung einräumte, disqualifiziert ist und die Beziehungen zwischen Einzelperson und Kollektiv neu geregelt werden. (Der Hauptgegensatz liegt tendenziell

nicht mehr zwischen Individuum und Kollektiv, sondern zwischen einerseits vereinzelt und andererseits solidarisch handelnden Individuen, zwischen Individuum der Kapitalgesellschaften und Individuum der Gesellschaft, in der die Mitglieder gemeinsam für die Entwicklung der Menschen verantwortlich sind). In der kommenden Periode wird es also darum gehen, neue Arten von Beziehungen zwischen den verschiedenen, am sozialen Konflikt beteiligten Akteuren herzustellen: Gewerkschaften, Verbände und Parteien müssen lernen, gemeinsam Projekte zu erarbeiten und dabei ihre funktionalen Unterschiede beizubehalten.

Die Herstellung neuer Beziehungen zwischen den Komponenten der beiden Pole (Anpassung oder Überwindung des Kapitalismus) und zwischen den beiden Polen selbst. Diese neuen Beziehungen setzen voraus, dass man von dem klassischen Modell der organischen Verbindung (jeder Klasse oder jeder großen politischen Strömung seiner Partei) übergeht zu dem Modell der Zusammenarbeit in Netzwerken. In dieser Hinsicht muss die Projektzusammenarbeit an die Stelle der Zusammenarbeit zwischen Strukturen treten (was mehr oder weniger dauerhafte politische Gruppierungen nicht etwa ausschließt, sondern vor allem im Umgang mit den Institutionen impliziert).

Seit Beginn der 30er Jahre hat die Linke mehrere jeweils etwa 12 Jahre dauernde Zyklen der „Mäßigung“ (1947 – 1962; 1978 – 1993) und der „Radikalisierung“ (1934 – 1947; 1962 – 1978) durchlaufen. Nach dem Rückgang in den neoliberalen Jahren könnte man einen Radikalisierungszyklus mit etwaigem Beginn im Jahr 1993 ansetzen. Wird dieser Zyklus die Lage der Linken verändern und der Volksbewegung einen Aufschwung verleihen? Wie kann man in Frankreich und sicher auch in Europa der „sozialen Bewegung“ und der Bewegung der Globalisierungsgegner politische Kraft verleihen? Wird es auf dieser Grundlage möglich sein, eine Bewegung aufzubauen, die wie die Arbeiterbewegung in der Vergangenheit Veränderungen herbeiführt? Wird sich die Radikalität dieser „Bewegung“ bis in die nationalen und europäischen Institutionen durchsetzen? Diese Fragen werden die vor uns stehende Ära beherrschen, so wie die Union der Linken die drei vergangenen Jahrzehnte bestimmt hat.

Anhang

1. Stimmhaltungen seit 1958

(Parlamentswahlen - Frankreich - in %)

Wahlen	1. Wahlgang	2. Wahlgang
23. und 30. November 1958	22,8	23,7
18. und 25. November 1962	31,3	28
5. und 12. März 1967	18,9	20,2
23. und 30. Juni 1968	20,0	22,2
4. und 11. März 1973	18,7	18,2
12. und 19. März 1978	16,8	15,1
14. und 21. Juni 1981	29,1	25
16. März 1986	21,5	
5. und 12. Juni 1988	33,9	29,8
21. und 28. März 1993	30,5	32,3
25. Mai und 1. Juni 1997	31,5	28,5
9. und 16. Juni 2002	35,8	
Mittelwert 1958-1978	21,4	21,2
Mittelwert 1981-2002	30,4	28,9
Mittelwert 1958-2002	25,9	24,3

2. Die Linksparteien zu den Parlamentswahlen unter der Fünften Republik

	1958	1962	1967	1968	1973	1978	1981	1986	1988	1993	1997	2002
KPF	18,89	21,87	22,51	20,02	21,41	20,61	16,13	9,7	11,32	9,18	9,88	4,82
SP	15,48	12,43	18,9	16,54	19,1	22,79	36,05	30,8	34,76	17,59	23,83	24,11
RAD/MRG/PRG	5,75	4,95			1,72	2,16	1,48	0,8	1,11	0,89	1,49	1,54
DVG	5,12	2,47		0,74	0,41	1,37	0,7	1,2	1,65	1,79	2,86	2,29
Grüne											4,17	4,51
Linke Gesamt	45,24	41,72	41,41	37,3	42,64	46,93	54,36	42,5	48,84	29,45	42,23	37,27
Extreme Linke		2,02	2,21	3,96	3,2	3,27	1,22	1,5	0,36	1,77	2,23	2,69

3. Die Linksparteien zu den Präsidentschaftswahlen unter der Fünften Republik

	1965	1969	1974	1981	1988	1995	2002
PCF		21,27		15,35	6,76	8,6	3,37
SP	31,72	5,01	43,25	25,85	34,09	23,3	16,18
MRG/PRG				2,21			2,32
DVG							
Grüne			0,75		3,78	3,3	5,25
Extreme Linke		4,67	2,7	3,41	4,38	5,3	10,44
Linke. (2. Wahlgang)	44,8		49,19	51,76	54,02	47,36	

**4. Entwicklung des Verhältnisses links/rechts seit 1958
(Parlamentwahlen – Frankreich – 1. Wahlgang - in %)**

Wahlen	Linke	Rechte	Differenz (in %)
23. November 1958	43,6	56,4	12,8
18. November 1962	43,8	56,2	14,4
5. März 1967	43,6	56,3	12,7
23. März 1968	40,5	58,9	18,4
4 März 1973	45,8	54,2	8,4
12. März 1978	52,2	47,5	4,7
14. Juni 1981	55,6	43,2	12,4
16. März 1986	45,6	54,6	9,0
5. Juni 1988	49,4	50,4	1
21. März 1993	35,3	57	21,7
25. Mai 1997	46,2	51,2	5,0
9. Juni 2002	38,8	56,1	17,3
Mittelwert 1958-1978	44,9	54,9	10
Mittelwert 1981-2002	45,2	52,1	5,6

5. Die Zusammensetzung der Wählerschaft jedes Kandidaten im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen (21. April 2002)

Lesehilfe: Die Wählerschaft d'Arlundte Laguillers besteht zu 50% aus Männern und 50% aus Frauen; die Gruppe der 18-24-jährigen macht 9% dieser Wählerschaft aus, die 25-34 jährigen 20 % etc..

	Arlundte Laguiller	Olivier Besancenot	Robert Hue	Lionel Jospin	Jean- Pierre Chevènement	Noël Mamère	Jacques Chirac	Jean-Marie Le Pen
	%	%	%	%	%	%	%	%
Geschlecht								
Mann	50	50	57	45	54	47	49	57
Frau	50	50	43	55	46	53	51	43
Alter								
18-24 Jahre	9	21	2	7	6	19	5	10
25-34 Jahre	20	22	8	15	10	26	12	15
35-44 Jahre	25	19	16	19	17	21	13	20
45-64 Jahre	30	26	32	33	31	24	35	35
65-74 Jahre	16	3	15	12	13	5	19	13
75 Jahre und darüber	2	7	27	14	22	5	16	8
Beruf								
Dienstleistungsberufe	12	20	10	12	15	18	9	13
Angestellte	24	18	14	19	11	18	15	18
Arbeiter	27	15	16	9	9	17	11	19
Rentner	18	13	45	32	37	8	35	21
Arbeitslose	3	4	2	3	1	3	3	6
Politische Nähe								
KPF	8	11	65	2	7	1	2	2
SP	21	18	10	63	17	18	2	4
Die Grünen	5	7	0	3	4	47	1	2
Rechte	8	4	1	2	13	2	63	17
Front National/MNR.	0	2	0	0	1	0	1	37